

## Sitzungsniederschrift

### 26. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: <b>Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich</b>		
Sitzungsdatum: <b>23.10.2019</b>	Sitzungsbeginn: <b>16:04 Uhr</b>	Sitzungsende: <b>17:44 Uhr</b>

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
<b>Vorsitz</b>		
Gossel, Arnold	CDU	
<b>Mitglieder</b>		
Akkermann, Hermann	SPD	
Bargmann, Bodo	CDU	
Harms, Antje	SPD	
Ihnen, Hermann	SPD	Vertretung für Herrn Wiard Siebels
Jelken, Friedhelm	CDU	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleen, Barbara	SPD	
Looden, Jan-Adolf	AfD	bis 17.17 Uhr, Vertretung für Herrn Holger Looden
Meyer, Alfred	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Roß, Helmut	Roß	bis 17.17 Uhr
Trei, Hilko	FDP	Vertretung für Herrn Rainer Feldmann
<b>Grundmandat</b>		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
<b>Verwaltung</b>		
Hanekamp, Nicole		Protokollführerin
Puchert, Dr. Frank		Erster Kreisrat
Saathoff, Irene		Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung

Weber, Harm-Uwe	Landrat, ab 16.09 Uhr
Wiltfang, Olaf	Stellv. Amtsleiter Rechnungsprüfungsamt

**Nicht anwesend:****Mitglieder**

Feldmann, Rainer	FDP
Looden, Holger	AfD
Siebels, Wiard	SPD

<b>Tagesordnung</b>
---------------------

Öffentlicher Teil:

- |     |   |
|-----|---|
| 1.  | Eröffnung der Sitzung   |
| 2.  | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit  |
| 3.  | Feststellung der Tagesordnung   |
| 4.  | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 21.08.2019   |
| 5.  | Einwohnerfragestunde  |
| 6.  | Konsolidierter Gesamtabschluss für das Haushaltsjahr 2013<br>Vorlage: IX/2019/232   |
| 7.  | Bericht über die Prüfung des konsolidierten Gesamtabschlusses für das Haushaltsjahr 2013<br>Vorlage: IX/2019/234                    |
| 8.  | Dritter Budgetbericht für das Haushaltsjahr 2019  |
| 9.  | Zahlung von Zuschüssen an die KVHS Norden gGmbH zur Finanzierung einer Tarifangleichung der Beschäftigten<br>Vorlage: IX/2019/236   |
| 10. | Antrag des Abgeordneten Meyerholz auf Erörterung des Jahresabschlusses 2018 der Trägergesellschaft Kliniken Aurich-Emden-Norden mbH |
| 11. | Verschiedenes, Wünsche, Anregungen  |
| 12. | Einwohnerfragestunde  |
| 13. | Schließung der Sitzung  |

Öffentlicher Teil:**TOP 1      Eröffnung der Sitzung**

**Vorsitzender Gossel** eröffnete um 16.04 Uhr die 26. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

**TOP 2**      **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

**Vorsitzender Gossel** stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Trei nahm für den Abgeordneten Feldmann und Abgeordneter Jan-Adolf Looden für den Abgeordneten Holger Looden an der Sitzung teil. Abgeordneter Ihnen vertrat den Abgeordneten Siebels.

---

**TOP 3**      **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Fassung festgestellt.

---

**TOP 4**      **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 21.08.2019**

Die Niederschrift über die 25. Sitzung des Finanzausschusses vom 21.08.2019 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0

⇒ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 5**      **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

---

**TOP 6**      **Konsolidierter Gesamtabschluss für das Haushaltsjahr 2013**  
**Vorlage: IX/2019/232**

**Herr Wiltfang** vom Rechnungsprüfungsamt führte zu den Tagesordnungspunkten 6 und 7 aus. Er erläuterte die Vorgehensweise bei der Erstellung des Gesamtabschlusses durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GBZ Revisions und Treuhand AG. Es seien insgesamt 26 Einzelabschlüsse zu konsolidieren gewesen. Wie auf der Seite 7 des Prüfungsberichtes des Gesamtabschlusses bereits erklärt, erfolge eine Kapital- und Schuldenkonsolidierung und anschließend eine Zwischenergebniseliminierung. Danach erfolge eine Aufwands- und Ertragskonsolidierung.

Weil für den Gesamtabschluss testierte Jahresabschlüsse der Einrichtungen vorliegen, die zusammengefasst werden, sei der Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes nicht so umfangreich.

**Landrat Weber** nahm ab 16.09 Uhr an der Sitzung teil.



**Herr Wiltfang** führte weiter aus, dass der Überschuss in der Gesamtergebnisrechnung bei 5,2 Mio. € liege. Der Finanzmittelbestand betrage ca. 7,5 Mio. €.

Das Rechnungsprüfungsamt habe keine Beanstandungen beim Gesamtabchluss festgestellt und somit ein uneingeschränktes Testat erteilt.

**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** fragte nach der im Gesamtabchluss erwähnten Bedeutung der At-Equity-Bewertung und wollte wissen, ob es bei den Prüfungsgesellschaften auch einen Wechsel gebe.

**Herr Wiltfang** erklärte, dass die Bewertungsmethode abhängig sei von den Beteiligungswerten (sh. Seite 3 des Prüfungsberichtes). Es erfolge ein Wechsel bei den Prüfungsgesellschaften. Er erklärte, dass das Rechnungsprüfungsamt den Jahresabschluss der KVHS Norden gGmbH z.B. nicht prüfen dürfe, weil es sich nicht mehr um eine kleine Kapitalgesellschaft handele.

Der konsolidierte Gesamtabchluss für das Haushaltsjahr 2013 wird gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 7**      **Bericht über die Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2013**  
**Vorlage: IX/2019/234**

Der Bericht über die Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2013 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 8**      **Dritter Budgetbericht für das Haushaltsjahr 2019**

**Frau Saathoff** erläuterte ausführlich den dritten Budgetbericht für das Haushaltsjahr 2019 gemäß der Anlage 1.

**Frau Jeromin-Oldewurtel** wies darauf hin, dass die Summe beim Ordnungsamt auf der Seite 6 nicht mit dem Betrag der Zusammenfassung auf der Seite 18 übereinstimmt.

**Frau Saathoff** sicherte eine Überprüfung zu. Der Betrag beim Jobcenter in der Zusammenfassung müsse ebenfalls angepasst werden, richtig seien hier 418.000 €.

**Landrat Weber** sagte, dass die Mehrerträge beim Ordnungsamt bei ca. 32.000 € liegen würden. Die Endfassung des Budgetberichtes werde entsprechend angepasst.



**Frau Saathoff** fasste zusammen, dass die Verbesserung laut drittem Budgetbericht bei ca. 5,636 Mio. € liege, im Kreishaushalt würden voraussichtlich ca. 3,969 Mio. € (Gesamtüberschuss) verbleiben. Der Niederschrift werde die korrigierte Fassung beigelegt.

Anmerkung:

*In dem dritten Budgetbericht wurde die Vereinbarung mit den Gemeinden bzgl. des Strukturfonds nicht berücksichtigt. In der Anlage zur Niederschrift wurde der Strukturfonds entsprechend berücksichtigt. Gemäß dieser neuen Berechnung verbleiben im Kreishaushalt voraussichtlich 3.046.000 €.*

**Der dritte Budgetbericht für das Haushaltsjahr 2019 wurde zur Kenntnis genommen.**

**Abgeordneter Roß** fragte nach, ob das vom Landkreis Aurich zu zahlende Verwahrtgelt für Guthaben auf dem laufenden Konto bei 0,4 oder 0,5 % liege.

**Frau Saathoff** informierte, dass die Höhe des Verwahrtgelts im positiven Bereich derzeit für die Kernverwaltung noch bei 0,4 % liege.

Anmerkung:

*Im negativen Bereich sind Zinsen in Höhe von 0,01 % fällig.*

---

**TOP 9**      **Zahlung von Zuschüssen an die KVHS Norden gGmbH zur Finanzierung einer Tarifangleichung der Beschäftigten**  
**Vorlage: IX/2019/236**

**Abgeordneter Meyerholz** erläuterte seinen Antrag. Er nahm Stellung zu dem Antrag der SPD und CDU Fraktion vom 21.06.2019.

Es sei nicht korrekt von einer Tarifangleichung zu sprechen.

An Beispielen erläuterte er die Entwicklung der Entgelte für die Mitarbeiter der KVHS Norden gGmbH im Verhältnis zu denen der KVHS Aurich. Im Ergebnis bedeute dies, dass auch nach der Umsetzung der Beschlüsse erhebliche Unterschiede/Differenzen bestehen.

Es sei nicht richtig, dass bis 2022 eine Angleichung erfolge. Es seien zunächst weitere Beschlüsse erforderlich, um eine Angleichung zu erzielen. Im Jahr 2022 müsse man mehr machen.

**Landrat Weber** machte deutlich, dass die Thematik von der Geschäftsführung der KVHS Norden gegenüber den Mitarbeitern deutlich kommuniziert worden sei. Die Mitarbeiter würden auf jeden Fall eine deutlich bessere Bezahlung erhalten. Die Zahlen in der Beschlussvorlage würden aus der Personalabteilung in Norden kommen.

**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** stimmte Herrn Meyerholz zu. Die Fraktion der GRÜNEN hätten in der letzten Sitzung des Betriebsausschusses dem Beschlussvorschlag nur deshalb zugestimmt, da auch der Betriebsrat dem zugestimmt habe.



**Abgeordnete Seelgen** sagte, dass die Erhöhung der Gehälter grundsätzlich zu begrüßen sei, da es auch eine Art Wirtschaftsförderung sei. Es sei aber keine Gehaltsangleichung, es handle sich diesbezüglich um einen „Etikettenschwindel“, der nachgearbeitet werden müsse.

**Landrat Weber** schlug vor, statt „Tarifanpassung“ die Begrifflichkeit „Tarifannäherung“ zu verwenden.

**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** wies darauf hin, dass die Volkshochschulen in anderen Landkreisen ein großes Zuschussgeschäft seien. Die Volkshochschule im Landkreis Aurich habe eine Sonderstellung durch die Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter und den dadurch resultierenden Angeboten im Bereich der beruflichen Bildung.

**Abgeordneter Jelken** fasste zusammen, dass die Problematik seinerzeit ausführlich diskutiert worden sei. Aus seiner Sicht brauche in der heutigen Sitzung nicht erneut lang und breit darüber diskutiert werden.

*Die Abgeordneten Looden und Roß verließen die Sitzung um 17.17 Uhr.*

**Abgeordneter Meyerholz** verwies auf den letzten Absatz auf der ersten Seite der Beschlussvorlage und fragte nach, ob der Beschluss in der Gesellschafterversammlung überhaupt hätte gefasst werden dürfen. Das erhöhte Gehalt werde schließlich schon seit dem 01.01.2019 gezahlt.

**Herr Wiltfang** sagte, dass das diesbezügliche Risiko bei der Kreisvolkshochschule liege.

Die KVHS Norden gGmbH erhält aus dem Kreishaushalt für die Jahre 2019 bis 2021 jährliche Zuschüsse zur Finanzierung der Tarifannäherung.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 11      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 2  
 ➔ **einstimmig beschlossen**

**TOP 10**      **Antrag des Abgeordneten Meyerholz auf Erörterung des Jahresabschlusses 2018 der Trägergesellschaft Kliniken Aurich-Emden-Norden mbH**

**Abgeordneter Meyerholz** erläuterte seinen Antrag. In der Stadt Emden befasse sich der Rechnungsprüfungsausschuss auch mit dem Jahresabschluss der Trägergesellschaft. Er sehe eine Erörterung des Jahresabschlusses der Trägergesellschaft wie auch der Ubbo-Emmius-Klinik (UEK) in der öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses des Landkreises Aurich ebenfalls als sinnvoll an. Es müsse u.a. dargelegt werden, warum die Trägergesellschaft im letzten Jahr ein Minus von 650.000 € verursachen konnte, obwohl wegen des Bürgerentscheides die Zentralklinik im Jahr 2018 gar nicht weiter geplant werden durfte.

**Landrat Weber** führte aus, dass Herr Eppmann und Frau Gesang den Jahresabschluss in der Sitzung des Kreistages am 25.06.2019 vorgetragen hätten. Herr Eppmann habe den Jahresabschluss ebenfalls im Rechnungsprüfungsausschuss in Emden, den es in dieser Form beim Landkreis Aurich nicht gebe, vorgestellt. Die Vorstellung sei nur sehr kurz gewesen, zu einer Diskussion sei es nicht gekommen. Die Trägergesellschaft habe im letzten Jahr weiterhin existiert. Es sei nicht nur Aufgabe der Trägergesellschaft die Zentralklinik zu planen, sondern auch die Zusammenführung der drei Klinikstandorte Aurich, Emden und Norden. Es seien bereits Mitarbeiter von den einzelnen Kliniken zur Trägergesellschaft gewechselt, somit seien auch Personalausgaben entstanden.

**Herr Wiltfang** erklärte, dass eine GmbH gemäß den Vorschriften im Handelsgesetzbuch verpflichtet sei, den Jahresabschluss den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft vorzulegen. Dieses seien die Gesellschafterversammlung und der Aufsichtsrat, die zur Verschwiegenheit verpflichtet seien. Ein Rechnungsprüfer, der unzulässiger Weise Daten der Öffentlichkeit mitteile, mache sich ggf. schadensersatzpflichtig.

**Landrat Weber** ergänzte, dass nicht das Rechnungsprüfungsamt, sondern ein Wirtschaftsprüfer den Jahresabschluss geprüft habe. Der Wirtschaftsprüfer habe bestätigt, dass alles ordnungsgemäß abgewickelt worden sei.

**Abgeordneter Meyerholz** sagte, dass er mit seinem Antrag erreichen möchte, dass eine Erörterung der Verwaltung für den gesamten Finanzausschuss und nicht nur für ihn erfolge, schließlich übernehme der Landkreis auch die Verluste der UEK gGmbH. Eine Vorstellung in der nichtöffentlichen Sitzung des Kreistages sei nicht ausreichend, es müsse eine öffentliche Beratung im Finanzausschuss erfolgen.

---

## **TOP 11      Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

### ***Haushaltsgenehmigung 2019***

**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** verwies auf die Haushaltsgenehmigung 2019, die der Niederschrift der letzten Sitzung als Anlage beigelegt war.

Sie sagte, dass sie davon ausgehe, dass der vom Nds. Innenministerium geforderte Zeitplan für die Erstellung der Jahresabschlüsse erstellt worden sei.

#### **Anmerkung:**

*Der mit dem Rechnungsprüfungsamt abgestimmte Zeitplan für die Abarbeitung der noch ausstehenden Jahresabschlüsse wurde dem Nds. Innenministerium per Mail am 08.07.2019 zugeschickt. Gemäß diesem Zeitplan soll der Jahresabschluss 2017 im Februar 2020 und der Jahresabschluss 2018 im Juli 2020 fertiggestellt sein. Im Anschluss an die Fertigstellung erfolgt die Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt.*

Bereits in den letzten Jahren habe sie die Vorlage des Vorberichtes bereits im Finanzausschuss und nicht erst im Kreistag gefordert. Sie bat erneut um rechtzeitige Vorlage des Vorberichtes für die Haushaltsberatungen.

Bezüglich der investiven Verschuldung habe das Nds. Innenministerium darauf hingewiesen, dass der investive Schuldenstand pro Einwohner derzeit mit 858 € über dem Doppelten des Landesdurchschnitts liege. Die investive Verschuldung müsse auch über die Wahlperiode hinaus im Blick behalten, so **Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel**.

Durch die Verpflichtungsermächtigungen würden bereits zusätzliche Kreditaufnahmen für die Folgejahre erforderlich sein.

In der Haushaltsgenehmigung werde ausgeführt, dass die kreisangehörigen Kommunen bezüglich der Höhe des Kreisumlagehebesatzes angehört worden seien. In der Presse sei jedoch zu lesen gewesen, dass die Kommunen mit der Höhe nicht einverstanden gewesen seien.

Bei dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft würden die Aufwendungen die Erträge übersteigen. Hier müsse verstärkt auf die Entwicklung geachtet werden.

**Frau Saathoff** machte deutlich, dass der Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung mit anderen Landkreisen wenig aussagekräftig sei. Bei dieser Betrachtung müsse man berücksichtigen, dass die Strukturen der Landkreise oftmals sehr unterschiedlich seien und von daher nicht miteinander verglichen werden können.

Verpflichtungsermächtigungen seien erforderlich, sofern Baumaßnahmen sich über mehrere Jahre erstrecken. Sie spreche sich sogar dafür aus, vermehrt weitere Verpflichtungsermächtigungen einzuplanen, um insbesondere im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung Aufträge erteilen zu können und nicht auf das Inkrafttreten der Haushaltssatzung warten zu müssen bzw. bei frühzeitiger Veranschlagung hohe Haushaltsreste zu vermeiden.

**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** stellte die Frage, ob die Politik damit einverstanden sei, wie die Verwaltung handle.

**Abgeordneter Meyer** sagte, dass die Haushaltssatzungen einschließlich Verpflichtungsermächtigungen beschlossen werden würden. Aufgrund der Kommunalverfassung gelte die kommunale Selbstverwaltung. Aus seiner Sicht würden der Kreistag und die Verwaltung eine Einheit bilden.

**Abgeordneter Meyerholz** schloss sich den Ausführungen der Abgeordneten Jeromin-Oldewurtel bezüglich der rechtzeitigen Vorlage des Vorberichtes an. In der Haushaltsgenehmigung 2019 sehe das Nds. Innenministerium keine Probleme bei der UEK Vermögensverwaltung. Hier müsse berücksichtigt werden, dass der Ausgleich durch die UEK gGmbH erfolge. Seiner Meinung nach sollte die Haushaltsgenehmigung in der nächsten Sitzung beraten werden.

**Landrat Weber** sah kein Erfordernis zur weiteren Beratung der Haushaltsgenehmigung.

### **Haushaltsberatungen 2020**

**Abgeordneter Bargmann** erkundigte sich nach der Zeitplanung für die Haushaltsberatung 2020, da eigentlich die erste Beratung bereits für diese Sitzung geplant gewesen sei.



**Frau Saathoff** teilte mit, dass der Beginn der Haushaltsberatungen in der heutigen Sitzung aufgrund der umfangreichen Tagesordnung auf die nächste Sitzung des Finanzausschusses am 27.11.2019 verschoben worden sei. Außerdem müsse noch eine Überarbeitung der Mittelanmeldungen, insbesondere im investiven Bereich, erfolgen.

### ***Jahresabschluss 2016***

**Landrat Weber** informierte, dass er heute den Jahresabschluss 2016 unterschrieben habe. Im Ergebnis liege der Überschuss, vorbehaltlich der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt, ca. 4,2 Mio. € höher als geplant. Er dankte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Zentralen Finanzverwaltung für die Erstellung des Jahresabschlusses.

Die Ausschussmitglieder schlossen sich dem Dank des Landrates an.

---

### **TOP 12      Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

---

### **TOP 13      Schließung der Sitzung**

**Vorsitzender Gossel** schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 17.44 Uhr. Er bedankte sich bei Landrat Weber für die gute Zusammenarbeit und wünschte ihm für die Zukunft alles Gute.

---

gez. Gossel  
Vorsitzender

---

gez. Hanekamp  
Protokollführerin